

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Medienfit SEK I

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Referat Infrastruktur II
Postfach 60 08 07
14408 Potsdam

Eingangsstempel der Investitionsbank des Landes Brandenburg

über

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Referat 31
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Name/Bezeichnung des Schulträgers

Name/Bezeichnung des Schulträgers

Rechtsform

1.2 Hauptsitz

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.3 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

1.4 Bevollmächtigte(r)

kein(e) Bevollmächtigte(r)

Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.5 Ansprechpartner(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

1.6 Auftraggebereigenschaft

Bei dem Antragsteller handelt es sich um einen "öffentlichen Auftraggeber".

- ja
 nein

Das Merkblatt "Vergabebestimmungen - ohne Kofinanzierung mit EU-Mitteln" und die dazugehörige Anlage "Öffentlicher Auftraggeber" sind auf www.ilb.de verfügbar.

1.7 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

nein

ja (Bezeichnung des Systems: _____)
wenn ja

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).

ja

nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Art der Maßnahme

bauliche Maßnahme

Ausstattungsmaßnahme

bauliche Maßnahme und Ausstattungsmaßnahme

2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung (einschließlich Name der Schule)

2.3 Maßnahmeort/Schulstandort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Landkreis

Land

Bundesland

Gemeindekennziffer

Name der Schule

Schulnummer

Schulträger

2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

2.5 Maßnahmebeschreibung

2.6 Notwendigkeit der Maßnahme

(Allgemein: z. B. Schüler- und Klassenentwicklung (Standortsicherheit), Konzeption zur langfristigen Entwicklung und Nutzung (Nachhaltigkeit), Zusammenhang mit anderen Maßnahmen im gleichen Aufgabenbereich im Jahr der Durchführung bzw. in den Vor- bzw. Folgejahren, alternativ Möglichkeiten, Nutzen u. a. m., konzeptionelle Begründung der Maßnahme, Ausführungen zu Passung der Ausstattung zum pädagogischen Medienbildungskonzept und zum Fortbildungskonzept im Bereich Medienbildung)

2.7 Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

(Vorhandene Eigenmittel, Haushaltssituation des Antragstellers, evtl. Förderung durch Dritte, Förderhöhe, besonderes Landesinteresse an der Maßnahme, Versorgungsfunktion, alternative Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten)

2.8 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

- ja (Die Ausgaben für die Aufträge sind nicht zuwendungsfähig. Diese Ausgaben sind unter dem Punkt 2.11 als nicht zuwendungsfähig auszuweisen.)
- nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU“ ist auf www.ilb.de verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

2.9 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- nein

2.10 Folgekosten

Die Folgekosten der Maßnahme (d. h. die Kosten für den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandsetzung etc.) wurden ermittelt.

- nein

- ja

wenn ja

Die Finanzierung der Folgekosten ist gesichert.

- ja

- nein

2.11 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
 nein
 teilweise (Geeigneter Nachweis für den nicht vorsteuerabzugsberechtigten Anteil ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberater, o. ä.)

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Baukosten, davon			
KGR 100 - Grundstück			
KGR 200 - Herrichten und Erschließen			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke			
KGR 700 - Baunebenkosten			
Summe			
Gesamtausgaben			

2.12 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben/den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss ILB			
Eigenmittel			
Fremdfinanzierung (bitte näher bezeichnen)			
Sonstiges (bitte näher bezeichnen)			
Summe			
Gesamtfinanzierung			

2.13 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)	Jahr in EUR	Jahr in EUR	Jahr in EUR	Jahr in EUR
Zuschuss					

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Antragstellung mit der Maßnahme begonnen wurde/wird,
(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)
- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 3.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

- 3.4 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftliche und vertragliche Beziehungen)
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Maßnahmebeschreibung
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-P/ANBest-G/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 **Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

Der Antragsteller ist mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden:

- ja
 nein

Hinweis: Ein Austausch rechtsverbindlicher Erklärungen kann nicht im E-Mail-Verkehr erfolgen.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Medienfit SEK I

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

Antragsteller

- Vollmacht(en) für die Bevollmächtigten gemäß Ziffer 1.4 des Antragsformulars

Maßnahme

- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Bau- bzw. Ausstattungsmaßnahme und Ausführungsart
- zwischen Schule und Schulträger abgestimmter Medienentwicklungsplan (Medienbildungskonzept, Ausstattungskonzept, Fortbildungskonzept, Finanzierungskonzept und Beschlussfassung der Schulkonferenz zur Beantragung von Fördermittel im Rahmen dieser Richtlinie)
- Aussagen zur Schulentwicklungsplanung (Auszug aus dem genehmigten Schulentwicklungsplan des Landkreises/der kreisfreien Stadt)
- Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276 inkl. Ausstattungsliste

Zusätzlich bei Baumaßnahmen

- Bauzeitenplan
- Flurkarte
- Grundbuchauszug (nicht älter als 3 Monate)

Finanzierung

öffentliche Antragsteller:

- Auszug aus der rechtskräftigen Haushaltssatzung/dem Haushaltsplan, welche(r) die Maßnahme und ihre Finanzierung berücksichtigt

freie Träger:

- Bestätigung der Hausbank, dass die zur Finanzierung der Maßnahme angegebenen Eigenmittel zur Verfügung stehen (Anlage zum Antrag)

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

**Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem Programm Medienfit SEK I**

Antragsteller: _____

Maßnahme: _____

Antrag vom: _____

Bestätigung Hausbank

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, dass uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers unter Ziffer 2.12 des Antrages entgegen stehen.

Wir bestätigen ferner, dass unter Berücksichtigung der im Finanzierungsplan (Ziffer 2.12 des Antrages) ausgewiesenen Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist, insbesondere dass die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Eigenmittel vorhanden sind.

Wir verpflichten uns, alle uns zur Kenntnis gelangenden Unterlagen, die Einfluss auf die Durchführung oder die Finanzierung der Maßnahme haben können, unverzüglich der ILB mitzuteilen. Der Antragsteller hat uns insoweit von unserer Verschwiegenheitsverpflichtung befreit.

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel mit Anschrift

Name(n) in Druckbuchstaben